

DEN WORTEN TATEN FOLGEN LASSEN: WIE MAN DIE KORRUPTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT BEKÄMPFT

Eine Checkliste



Der schlimmste Korruptionsskandal in der Geschichte der EU-Institutionen erschüttert weiterhin das Europäische Parlament. Der Skandal von Qatargate macht deutlich, dass es sich nicht um ein paar faule Äpfel handelt, sondern um eine verkommene Kultur mit Drehtüren, undurchsichtigen Praktiken und mangelnder Kontrolle. Solche tief sitzenden strukturellen Probleme erfordern eine radikale Überarbeitung der Regeln und Vorschriften. Wir müssen die Korruption von Beginn an verhindern und der Kultur der Straffreiheit ein Ende setzen, die diese undurchsichtigen Praktiken gedeihen lässt.

Die Linke hat die Präsidentin des Europäischen Parlaments aufgefordert, für eine ordnungsgemäße Weiterverfolgung aller von den Abgeordneten im Dezember beschlossenen Maßnahmen zu sorgen und einen klaren Zeitplan vorzugeben. Wenn es einen Skandal benötigt, damit das Parlament seine Integritäts- und Anti-Korruptionsmaßnahmen verschärft, ist ein klarer und transparenter Fahrplan für deren Umsetzung erforderlich.

Die Entschließung zum Korruptionsverdacht gegen Katar, die das Europäische Parlament im Dezember 2022 verabschiedete, enthielt 15 Maßnahmen zur Stärkung der Integrität und zur Eindämmung der Korruption in den europäischen Institutionen. Seitdem hat Präsidentin Metsola in der Konferenz der Präsidenten unter Ausschluss der Öffentlichkeit einen 14-Punkte-Plan vorgelegt, der nur 4 dieser Empfehlungen enthält. Der Fahrplan zur Korruptionsbekämpfung darf nicht hinter verschlossenen Türen beschlossen werden, sondern sollte ehrgeizig sein und den Empfehlungen der Entschließung vom Dezember folgen.

UNSERE FORDERUNGEN UND WAS BISHER GESCHEHEN IST

Im Dezember, unmittelbar nach Bekanntwerden des Skandals, schlug die Fraktion der Linken im Europäischen Parlament eine Reihe von Sofortmaßnahmen vor, von denen einige vom Parlament angenommen wurden:

- Die Abgeordneten debattierten und stimmten über eine Entschließung zu den Korruptionsvorwürfen ab, in der sie sich klar zu einem strengen Ethik-, Transparenz- und Anti-Korruptionssystem verpflichteten;
- Das Europäische Parlament beschloss, die Amtszeit der Vizepräsidentin Eva Kaili zu beenden, während die Ermittlungen weiterlaufen.
- Die geplante Abstimmung über die Liberalisierung der Visabestimmungen für Katar im Plenum wurde angesichts der laufenden Ermittlungen vertagt.

INTEGRITÄT IN DER ARBEIT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS FEST VERANKERN

Trotz des Ausmaßes dieses Skandals sind die bisher ergriffenen Maßnahmen nur kleine Schritte im Vergleich zu dem Weg, den das Europäische Parlament gehen muss. Das Haus der europäischen Demokratie muss nun die Messlatte höher legen und einen ehrgeizigen Fahrplan aufstellen, der Integrität und Ethik in seine tägliche Arbeit einfließen lässt. Dies kann nur durch ein klares politisches Engagement aller Fraktionen erreicht werden, und die Abgeordneten des Europäischen Parlaments müssen ihren Worten Taten folgen lassen und weitreichende Maßnahmen vorantreiben. Hier sind einige Vorschläge der Fraktion der Linken im Europäischen Parlament.

Untersuchungen und Aufsicht

- Einrichtung eines Sonderausschusses, der die Aufgabe hat, Schwachstellen und Lücken in den Vorschriften des Parlaments zu Transparenz, Integrität und Korruption zu ermitteln. Außerdem soll der Ausschuss Vorschläge für Reformen unterbreiten, wobei er sich auf die Arbeit des Ausschusses für konstitutionelle Fragen und bewährte Verfahren in anderen Parlamenten stützt.
- Unverzügliche Zusammenarbeit mit dem Rat und der Europäischen Kommission, um das Transparenzregister zu stärken und diesem mehr Biss zu verleihen. In der Praxis muss es obligatorisch und verbindlich werden, während es gleichzeitig mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet wird.
- Beschleunigung der Einrichtung eines interinstitutionellen Ethikgremiums im Einklang mit der 2021 angenommenen Entschließung des Parlaments.
- Sobald die strafrechtlichen Ermittlungen und Gerichtsverfahren abgeschlossen sind, soll ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden, der die Missstände in der Verwaltungstätigkeit untersucht, die es Drittländern ermöglicht haben, die europäische Politik unzulässig zu beeinflussen.

Transparenz

- Angleichung der internen Vorschriften an die EU- Whistleblower-Richtlinie und Gewährleistung einer obligatorischen Schulung für alle Abgeordneten, wobei diese die volle Verantwortung für die Einhaltung der Vorschriften tragen.
- Die Aktivitäten der Abgeordneten sollten ins Rampenlicht gerückt werden, um sicherzustellen, dass ein klarer legislativer Fußabdruck für die Öffentlichkeit leicht zugänglich ist. Dies sollte die obligatorische Offenlegung aller Treffen von MdEP mit externen Interessengruppen sowie Erklärungen zu Geschenken und Reisen in Länder außerhalb der EU, einschließlich der vom Europäischen Parlament bezahlten, beinhalten.
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen, wie dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung OLAF, und Gewährung des uneingeschränkten Zugangs zur Durchführung einschlägiger Untersuchungen.
- Überarbeitung und Verschärfung der Liste der Sanktionen für Mitglieder des Europäischen Parlaments, um eine angemessene Abschreckungswirkung zu erzielen.

Verhalten der Europaabgeordneten

- Verschärfung der Transparenzmaßnahmen durch Einführung einer obligatorischen Vermögenserklärung der Abgeordneten zu Beginn und am Ende eines jeden Mandats, um verdächtige Bereicherungen aufzudecken.
- Einführung klarer Vorschriften zur Regelung von Interessenkonflikten, die es den Abgeordneten, Assistenten und Fraktionsmitarbeitern verbieten, externen Organisationen anzugehören, die Lobbyarbeit betreiben. Die derzeitigen Vorschriften beruhen ausschließlich auf der Selbstkontrolle, was, wie die jüngsten Ereignisse zeigen, nicht annähernd ausreicht. Die Offenlegung externer Engagements sollte obligatorisch sein, so dass Berichtersteller- oder Schattenberichterstellerposten im Falle eines Interessenkonflikts eines Mitglieds angefochten werden können.
- Einführung und Durchsetzung einer Sperrzeit für ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments, die nach ihrem Mandat Lobbyarbeit betreiben wollen. Dies sollte auch - aber nicht nur - für die Organisationen und Unternehmen gelten, die im Transparenzregister aufgeführt sind.